Fraktionen streiten über Straßenbeitrag

Kommunen sollen im Landtag zu Wort kommen

htr. WIESBADEN. Die hessische Regierungskoalition ist nicht bereit, die Regelung der Straßenbeiträge in den Kommunen grundsätzlich zu ändern. Das brachten Redner der CDU und der Grünen gestern in der ersten Lesung von zwei Gesetzentwürfen zum Ausdruck, die FDP und Linke eingebracht hatten. Für die Liberalen beklagte der Abgeordnete Jörg-Uwe Hahn, dass Kommunen mit einem Haushaltsdefizit Beiträge erheben müssten. Dieser Zwang gehöre abgeschafft, denn es gehe um eine ureigene Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung. Wer den ländlichen Raum stärken wolle, dürfe unverhältnismäßig hohe finanzielle Belastungen für die Eigentümer nicht zulassen.

Der Gesetzentwurf der FDP orientiere sich an der Regelung, die in Schleswig-Holstein gerade mit den Stimmen der Jamaika-Koalition auf den Weg gebracht worden sei. Er sieht vor, dass aus dem Zwang eine Möglichkeit, „aus der Soll-Vorschrift eine Kann-Vorschrift wird“. Wenn Anwohner trotzdem zur Kasse gebeten würden, müsse die Gemeinde entscheiden dürfen, wie hoch ihr Anteil an den Kosten sein solle, forderte Hahn.

„Das geht uns nicht weit genug“, betonte der Abgeordnete der Linken Hermann Schaus. Der Gesetzentwurf seiner Fraktion läuft darauf hinaus, die Soll-Vorschrift ersatzlos zu streichen und zur Finanzierung das Land heranzuziehen. Auch die SPD-Fraktion will die „Zwangsbeiträge abschaffen“ und zum Ausgleich „das Land in die finanzielle Verantwortung nehmen“.

Das Ausmaß dieser Beteiligung müsse man im Dialog mit den Städten und Gemeinden klären, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer Günter Rudolph. Zuerst habe die Landesregierung den Kommunen viel Geld genommen, und dann zwinge sie die Städte und Gemeinden, sich die nötigen Mittel bei den Bürgern zurückzuholen. „Es geht hier ja nicht um Kleinkram, sondern um bis zu 60 000 Euro, die den Anwohnern in Rechnung gestellt werden“, rief Rudolph aus.

Der Abgeordnete Alexander Bauer (CDU) erinnerte daran, dass die FDP eine Regelung ändern wolle, die sie vor fünf Jahren aus guten Gründen selbst mit beschlossen habe. Die Schwierigkeiten beträfen nur eine relativ kleine Zahl von Kommunen. Denn mehr als 95 Prozent der Städte und Gemeinden könnten einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen und müssten darum keine Straßenbeiträge erheben.

„Wir erkennen an, dass es individuelle Härten gibt und Menschen von hohen Beitragsrechnungen belastet werden“, stellte Bauer fest. Deswegen arbeite man an einer Lösung. Das gehe aber nicht von heute auf morgen.

Manche Grundstückseigentümer empfänden die Regelungen als ungerecht, weil Städte und Gemeinden sie sehr unterschiedlich handhabten, meinte Eva Goldbach (Die Grünen). Sie versprach: „Wir müssen und wir werden uns der Problematik der ungleichen Belastungen annehmen.“ Der Landtag wird eine Anhörung ausrichten, in der auch die kommunalen Spitzenverbände ausführlich zu Wort kommen sollen. Nach den Beratungen in den Ausschüssen fällt die Entscheidung im Plenum.

Unter einem Dach: *In der neu gebauten Hafenschule in Offenbach sind auch Kindertagesstätte und Hort untergebracht.* Foto Helmut Fricke

Aus längeren Öffnungszeiten wird nichts

In Offenbach wollte eine Kindertagesstätte bis spät in den Abend betreuen. Doch das ehrgeizige Vorhaben ist am fehlenden Personal gescheitert.

Von Eberhard Schwarz

OFFENBACH. Eine Kindertagesstätte, die von 6 Uhr in der Frühe bis 22 Uhr am Abend geöffnet ist: Berufstätige Eltern würden auf das Angebot sicherlich gerne zurückgreifen. In der Kindertagesstätte am Hafen in Offenbach hätte dies Wirklichkeit werden sollen. Im Mai vergangenen Jahres beschlossen die Stadtverordneten, dass dort ein solches Pilotprojekt zum Kindertagesstättenjahr 2017/2018 beginnen sollte. Im August 2017 wurden die Hafenschule, eine Grundschule und die in den Gebäudekomplex integrierte Kindertagesstätte an der Hafenallee eröffnet.

Auf die langen Öffnungszeiten warten die Eltern bis heute allerdings vergeblich: Nach Angaben von Bürgermeister Peter Schneider (Die Grünen), der für den Eigenbetrieb Kindertagesstätten Offenbach zuständig ist, fehlen die dafür erforderlichen Erzieher. Von vier vorgesehenen Kindergartengruppen sind zwei besetzt; eine Krabbelgruppe kommt hinzu. Dazu sind zwei Gruppen der städtischen Kindertagesstätte an der Goethestraße derzeit in die Kita am Hafen ausgelagert; ihr Gebäude wird gerade saniert. Zwölf Erzieherinnen wären für die beiden Gruppen der Kita am Hafen und die „Krabbler“ nötig.

Man habe aber nur sieben und müsse sich mit fünf Kräften aus anderen Kitas des Eigenbetriebs behelfen, sagte Schneider; „das Problem der Personalgewinnung ist groß“. Zuerst müsse die Stadt vier Ganztagsgruppen in der Kita am Hafen anbieten, „dann kommt die Gruppe mit verlängerten Öffnungszeiten“. Insgesamt wären 23 Erzieherinnen nötig. Bei den Anmeldungen hätten zwei von 70 Elternteilen grundsätzliches Interesse an den langen Öffnungszeiten bekundet.

Nicht nur in der Kita am Hafen fehlt Fachpersonal. „Der Erzieherinnenmarkt ist leergefegt“, sagte der hauptamtliche Stadtrat Paul-Gerhard Weiß (FDP), zu dessen Dezernat der Eigenbetrieb Kindertagesstätten bis vor kurzem gehörte. In der Landes- und Bundespolitik sei dies aber „noch nicht überall angekommen“. Für die Kita auf dem ehemaligen MAN-Roland-Gelände an der Senefelderstraße, die in diesem Jahr eröffnet werden soll, werde es ebenfalls schwer werden, Erzieherinnen zu finden. Vorgesehen ist auch dort ein Betreuungsangebot von 6 bis 22 Uhr.

Die Stadt geht ungewöhnliche Wege, um dem Personalmangel abzuhelfen. In Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit und der beruflichen Käthe-Kollwitz-Schule beginnt demnächst eine berufsbegleitende Ausbildung zum Erzieher. Die etwa 20 Teilnehmer werden zwei Tage in der Woche beim Eigenbetrieb arbeiten und drei Tage die Schule besuchen. Insgesamt drei Jahre wird die Ausbildung dauern. Claudia Kaufmann-Reis, die von morgen an das Offenbacher Jugendamt und den Eigenbetrieb leitet, hofft, dass möglichst viele Teilnehmer anschließend in Offenbacher Kitas bleiben. Außerdem habe der Eigenbetrieb die Zahl der Berufspraktikanten auf 40 erhöht. Früher habe man die Erzieherinnen etwas besser als andere Kommunen in der Umgebung bezahlt. Inzwischen habe sich dies angeglichen. Manche Erzieherin, die im Umland wohne, sei wieder dorthin gewechselt.

Einer wachsenden Stadt wie Offenbach macht der Mangel an Erzieherinnen besonders zu schaffen. Noch vor wenigen Jahren wurden 130 000 Einwohner für 2030 prognostiziert. Tatsächlich leben schon heute etwa 136 000 Menschen in der Stadt. Das Jugendamt aktualisierte daher die Kindertagesstätten-Entwicklungsplanung für den Zeitraum von 2018 bis 2022. Als Grundlage dienten der Bevölkerungsanstieg der vergangenen fünf Jahre und der zu erwartende Zuzug durch geplante Baugebiete.

Bis 2022 wird sich die Zahl der Kinder unter drei Jahren in Offenbach von rund 4500 auf fast 4800, die Zahl der Kinder von drei Jahren bis Schuleintritt von fast 5000 auf mehr als 5600 und die Zahl der sechs bis zehn Jahre alten Kinder von knapp 5500 auf mehr als 6000 erhöhen. Wenn 45 Prozent der Kinder im Krabbelalter, 98 Prozent der Kinder im Kindergartenalter und 35 Prozent der Grundschüler einen Betreuungsplatz benötigen, ergibt sich bis 2022 ein zusätzlicher Bedarf von 472 Krippenplätzen, 936 Kita-Plätzen und 519 Hort-Plätzen. Bei den Grundschülern ist der Ausbau der Ganztagsschulangebote durch das Land zu berücksichtigen. Die 1400 zusätzlichen Plätze in Krippen und Kindergärten entsprechen elf neuen Kindertagesstätten mit jeweils 125 Plätzen. Die Stadt allein kann dies nicht leisten, sondern ist auf das Interesse freier Träger angewiesen, ebenfalls weitere Plätze zu schaffen.

Für Eltern mit niedrigen Einkommen trägt die Stadt die Kita-Gebühren; das summiert sich auf jährlich vier bis fünf Millionen Euro. Sollte das Land künftig die Kita-Beiträge bis zu sechs Stunden am Tag übernehmen, würde die Stadt finanziell entlastet. 2018 summieren sich die städtischen Ausgaben für Krippen, Kindergärten und Horte auf 51,2 Millionen Euro. Wird das Platzangebot ausgebaut, werden 2023 rund 71,9 Millionen Euro, mithin 20,7 Millionen Euro mehr, aufzubringen sein.

Die benötigten Kindertagesstätten schnell zu bauen wird nach Einschätzung von Weiß möglich sein. Die Stadt hofft dabei auch auf finanzielle Unterstützung durch das Land. Als Herausforderung sieht Weiß jedoch an, das benötigte Personal zu finden.

OFFENBACH

16-Stunden-Tag für Kinder

Von Matthias Trautsch

Traurig mag man nicht sein, dass aus diesem Plan der Stadt Offenbach erst einmal nichts wird. Wem ist gedient mit einer Kindertagesstätte, die von 6 bis 22 Uhr geöffnet hat? Den Kindern sicher nicht. So wertvoll der Besuch einer Kita, der Kontakt mit anderen Kindern, das gemeinsame Spielen, Streiten und Lernen auch sein mag – es ist eine Herausforderung. Die allermeisten Kinder sind spätestens nach acht Stunden erledigt.

Es ist denn auch zu hoffen, dass niemand ernsthaft daran denkt, sein Kind 16 Stunden täglich in die Kita zu schicken. Aber auch zehn oder zwölf Stunden – also alles, was über den normalen Arbeitstag eines Erwachsenen hinausgeht – ist zu viel, wenn es die Regel ist. Nicht nur wegen der Belastung durch Lärm und Trubel. Sondern auch, weil den Kindern sonst die Erfahrungen fehlen, die sie nur im Kreis der engsten Bezugspersonen – in der Regel den Eltern – oder auch mit sich allein sammeln können.

Nun mag man einwenden, dass eine Öffnungszeit von 16 Stunden nur ein Angebot sei, das flexibel genutzt werden könne, je nachdem, wie es benötigt werde. Aber auch hier stellt sich die Frage: Wer benötigt es? Die Kinder sicher nicht. Gerade kleine Kinder brauchen Regelmäßigkeit, vertraute Strukturen und Personen – nur so können sie Neugier auf Unbekanntes entwickeln.

Nicht ohne Grund gibt es in den meisten Einrichtungen Kernzeiten, zu denen die Kinder nicht nur anwesend sein können, sondern auch sollen. Eine Kita ist kein Supermarkt, in den jeder nach Belieben hineinspaziert, sich im Regal bedient und wieder verschwindet. Ohne ein Mindestmaß an Schutz und Verbindlichkeit sind wichtige pädagogische und gruppendynamische Prozesse nicht möglich. Vermutlich ist auch das ein Grund, warum sich für die Kita am Offenbacher Hafen kein Personal gefunden hat. Erzieher begreifen sich zu Recht nicht als Aufsichts-, sondern als Bezugspersonen.

Und die Eltern? Vordergründig wäre manchen wohl damit gedient, das Kind je nach Schicht oder sonstigen beruflichen Anforderungen abgeben zu können. Aber letztlich sind es Arbeitgeber, die immer mehr Flexibilität einfordern und davon profitieren. Dass private Kita-Träger dementsprechende Angebote machen, muss man hinnehmen. Eine Stadt wie Offenbach sollte sich da aber zurückhalten.

Bouffier: Leisere Jets steuerlich begünstigen

htr. WIESBADEN. Die Berliner Koalitionsverhandlungen hätten für sein Land in erster Linie finanzielle Auswirkungen, konstatierte gestern der hessische Regierungschef und CDU-Vorsitzende Volker Bouffier. Als Beispiel führte er die Beratungen der von ihm geleiteten Arbeitsgruppe für Migration ins Feld. Bouffier sprach von einer teilweisen Einigung. Eigentlich gelte die Aussetzung des Familiennachzuges für Menschen mit eingeschränktem Schutzstatus nur bis zum 1. März. Sie werde aber nun bis Ende Juli ausgedehnt, um sie danach durch eine Lösung mit einem Kontingent zu ersetzen. „Der Teil, denke ich, ist Konsens“, stellte Bouffier fest. Wie die Lösung im Einzelnen aussehen werde, sei aber noch strittig.

Man könne darüber reden, die bestehende Härtefallregelung zu ändern, sagte Bouffier. Aber die Union wolle für Flüchtlinge „keinen weiteren Kanal aufmachen“. Den Hinweis, dass sowohl die SPD als auch die CSU Erfolgsmeldungen über die bisherigen Beratungen verbreitet hätten, kommentierte der Ministerpräsident mit den Worten: „Dann kann sich jeder was mit nach Hause nehmen.“ Bouffier äußerte die Einschätzung, dass man sich bis Sonntag einigen könne, meinte aber, dass dieses Ziel anspruchsvoll sei. Das gelte auch für die Verhandlungen insgesamt. Als stellvertretender Bundesvorsitzender gehört Bouffier dem fünfzehnköpfigen Führungsgremium an, in das jede Partei fünf Vertreter entsendet.

Der Regierungschef kündigte an, dass er sich auch für den Vorschlag einsetzen werde, den die Landesregierung gerade in die Verhandlungen eingebracht habe. Danach wird der Kauf von besonders leisen Flugzeugen steuerlich begünstig.

Heute

Kinolandschaft Wetterau
In der Wetterau gedeihen nicht nur Getreide und Kartoffeln – auch für Kinos scheint sich der Landstrich anzubieten. Denn dort liegen laut einer Umfrage zwei der zehn beliebtesten deutschen Kinos. **Seite 38**

Mainz und der Drucker
Vor 550 Jahren starb Johannes Gutenberg, der Erfinder des Buchdrucks mit beweglichen Lettern. Das nimmt Mainz zum Anlass, ihn mit Schildern an den Einfallstraßen zu würdigen. **Seite 39**

Lukrative Windräder
Andernorts stöhnt man über die „Verspargelung“ der Landschaft – aber die Heidenroder freuen sich über ihre Windparks und Rotoren. Denn die Anlagen spülen einiges Geld in die Kassen. **Seite 40**

Heiraten wie Herrschaften
In der sanierten Villa Wertheimber in Bad Homburg kann man sich künftig auch trauen lassen – und dabei das herrschaftliche Haus genießen. Für das Personal bleibt die Gesindetreppe. **Seite 41**

Vor der Frühschicht in den Kindergarten

Zusätzliche Betreuung wird vor allem am Morgen genutzt / Forscher: Kinder sollten Zeiten nicht absitzen

mali. FRANKFURT. Wenn Stefanie Stöger sich mit Freunden verabredet, weiß sie nie, ob sie pünktlich sein wird. Manchmal schafft sie es auch gar nicht. „Berufsrisiko“, sagt sie. Die 29 Jahre alte Frankfurterin arbeitet in der Kinder-Betreuungseinrichtung „Back-up“. Wenn die Tagesmutter krank oder die Kita geschlossen ist, wenn ein beruflicher Termin länger dauert, können Eltern ihre Kinder auch spontan in die Einrichtung in der Mainzer Landstraße bringen. Von frühmorgens bis Mitternacht werden hier Kinder bis zu einem Alter von 13 Jahren betreut. Voraussetzung ist allerdings, dass ein Elternteil in einem der Unternehmen angestellt ist, das mit „Back-up“ einen Vertrag hat. Von Stöger wird Flexibilität verlangt. Sie arbeitet nicht nur in der Einrichtung, sondern springt zusätzlich als sogenannte „Notmutter“ ein. Dann betreut sie die Kinder der Kunden in deren eigenen vier Wänden. Geregelte Arbeitszeiten gibt es für sie nicht. „Hätte ich selbst eine Familie, würde das nicht gehen“, sagt sie. Die Abwechslung, die der Beruf mit sich bringt, aber auch die vergleichsweise gute Bezahlung seien für sie ein Grund gewesen, sich für die private Betreuungseinrichtung zu entscheiden.

Mit ihrer Bereitschaft auch bis spätabends zu arbeiten, ist die Erzieherin eine Ausnahme. Dem Wunsch vieler berufstätiger Eltern nach längeren Kita-Öffnungszeiten steht ein Mangel an ausgebildeten Fachkräften gegenüber. In Frankfurt wird versucht, mit Teilzeitangeboten oder Stipendien Betreuer zu finden. 2016 hatten 139 der mehr als 400 Kitas in Frankfurt erweiterte Öffnungszeiten angeboten. 50 Einrichtungen öffneten schon vor 7.30 Uhr, 99 weitere bieten Betreuungszeiten nach 17 Uhr an, sagt Jasmin Misev, Mitarbeiterin des Bildungsdezernats. Zudem arbeiteten viele Eltern mit Tagesmüttern und -vätern, die ihre Betreuungszeiten der Situation der berufstätigen Eltern anpassten.

Große Unternehmen, wie etwa Fraport oder die Universitätsklinik Frankfurt, stellen eigene Betreuungseinrichtungen für die Kinder ihrer Mitarbeiter zur Verfügung. Die Öffnungszeiten orientieren sich oftmals an den Arbeitszeiten der Eltern. So öffnet die Kita der Uniklinik schon um 5.45 Uhr – damit die Pflegekräfte pünktlich zum Schichtbeginn um 6 Uhr auf Station sein können. „Das wird von den Eltern sehr gut genutzt“, sagt Bianca Waldenburg, stellvertretende Leiterin. Auch beim Personal sei die Frühschicht beliebt. „Man ist dann auch früh am Nachmittag wieder raus.“

Probeweise hatte die Kindertageseinrichtung vor einigen Jahren auch abends länger geöffnet und zwar bis 20.45 Uhr, wie Waldenburg berichtet. Damals hatten etliche Eltern zuvor Bedarf an einer Spätbetreuung angemeldet. Das Angebot wurde dann aber kaum genutzt. „Morgens und abends sind sensible Zeiten“, sagt Waldenburg. Vielen Eltern sei es wichtig, den Tag mit den Kindern gemeinsam zu beginnen und zu beenden.

Ein möglicher weiterer Grund, wieso das Angebot ungenutzt blieb, könnte auch der soziale Druck sein, den viele Eltern empfinden, sagt Entwicklungsforscher Joachim Bensel. Denn wer sein Kind erst spätabends aus der Kita hole, werde häufig mit Vorurteilen konfrontiert. Wieso überhaupt Kinder bekommen, wenn doch die Zeit fehlt? Rabeneltern! „Dabei spricht nichts dagegen, erweiterte Öffnungszeiten anzubieten, wenn sie denn verantwortungsvoll genutzt werden“, sagt er. Wie ein solches Angebot idealerweise aussehen sollte, hat der gebürtige Frankfurter mit seiner Forschungsgruppe „Verhaltensbiologie des Menschen“ erarbeitet. „Es muss eine gute Betreuungsqualität und verantwortliche Rahmenbedingungen geben, um das Kindeswohl nicht zu gefährden“, sagt er.

Der Entwicklungsforscher spricht sich jedoch gegen eine Kindergartenbetreuung bis 22 Uhr aus. „Das Kind sollte noch im Wachzustand nach Hause gebracht werden.“ Sei dies nicht möglich, müsse über ein festes Übernachtungsangebot nachgedacht werden. Besonders in den Abendstunden sei es wichtig, für die Kinder eine familiäre Atmosphäre zu schaffen. Hierfür müssten feste Abläufe und Rituale etabliert werden, eventuell sogar in einem kleineren, intimeren Rahmen, um den Kindern nicht das Gefühl zu geben, auf dem Abstellgleis gelandet zu sein.

Der Entwicklungsforscher macht seine Forderung an einem Beispiel fest: „Stellen Sie sich vor, Sie kommen kurz vor Ladenschluss in den Supermarkt und die Kehrmaschine fährt Ihnen schon um die Beine. Man hat dann nicht das Gefühl, erwünscht zu sein.“ Ähnlich würde es Kindern gehen, wenn das Betreuungsprogramm nicht auf die spezielle Situation abgestimmt sei. „Es geht nicht darum, dass die Kinder ihre Zeit absitzen“, sagt er. Stattdessen müssten die Fachkräfte die Möglichkeit erhalten, die Stunden sinnvoll zu gestalten.

Aber selbst wenn die Kindertageseinrichtung Qualitätsstandards erfülle, würden viele Eltern lieber nach privaten Alternativen suchen. „Doch diese Mischlösungen sind selten besser“, sagt Bensel. Hier eine Nacht bei der Oma, da eine Nacht bei den Nachbarn. „Dann wird das Kind weitergereicht, statt abends in der vertrauten Kindertagesstätte zu bleiben.“

Bensel fordert eine ausführliche Beratung der Eltern. Welches Betreuungsangebot brauchen sie wirklich? Wie findet sich das Kind in dem Angebot zurecht? Wie kann Ausgleichszeit in der Familie geschaffen werden? Dass Theorie und Praxis noch weit auseinanderklaffen, ist auch dem Entwicklungsforscher bewusst. Denn was nützt ein gutes Konzept, wenn das Personal fehlt? „Man muss die Randzeiten für Fachkräfte finanziell attraktiver gestalten und die Vorteile benennen“, sagt er.

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Alle Rechte vorbehalten. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv